

Zurück in die Dreissigerjahre

Von Philipp Löpfe. Aktualisiert um 15:32 51 Kommentare

Austeritätspolitik, Protektionismus und Nationalismus sind auf dem Vormarsch. Die Direktorin des Internationalen Währungsfonds (IWF) warnt vor einer Wiederholung der Grossen Depression.



Arbeits- und Obdachlose, 1932

Hungrige Schlangen: Männer stehen an für ein kostenloses Essen in New York ...

Bild: Keystone

Artikel zum Thema

IWF-Chefin vergleicht Finanzkrise mit der Grossen Depression

«Es bedarf noch sehr viel mehr»

Leiden die USA unter einer Depression?

Die heimliche Kapitänin

«Deswegen braucht es Eurobonds»

IWF-Direktorin Christine Lagarde ist nicht die Einzige, die von einer Wiederholung der Grossen Depression der 1930er-Jahre warnt. Die OECD, der Macro-Thinktank der reichen Industriestaaten, hat vor ein paar Tagen ebenfalls eine sehr düstere Prognose abgegeben: «Wir machen uns Sorgen, dass die Politiker die Dringlichkeit der Situation nicht erkennen und deshalb die realen und wachsenden

Risiken der Weltwirtschaft nicht entschlossen genug angehen», warnt Pier Carlo Padoan, Chefökonom der OECD. Auch die volkswirtschaftlichen Vordenker der führenden Banker sind pessimistisch. So prophezeit Jan Hatzius, Chefökonom von Goldman Sachs, ein «unterdurchschnittliches Wachstum der entwickelten Industrieländer bis weit ins Jahr 2013». Allgemein wird für nächstes Jahr ein Wachstum der Weltwirtschaft von rund drei Prozent erwartet. Doch dieses Wachstum ist bescheiden – in guten Jahren wächst sie zwischen vier und fünf Prozent – und zweitens sehr ungleich verteilt.

Am düstersten sieht die Lage in Europa aus. Es sieht so aus, dass auch der Gipfel vom 9. Dezember als Flop eingestuft werden muss. Die mit viel Pomp verkündete Fiskalunion ist am Zerbröseln. Überall wird zurückgerudert und sollte in Frankreich François Hollande die Wahlen gewinnen, will er gar diesen Vertrag neu verhandeln. Was als «Stabilitäts- und Wachstumsunion» propagiert wurde, wird als «Instabilitäts- und Stagnationsunion» verspottet.

Der nächste Krisengipfel ist eine Frage der Zeit

Die politische Ungewissheit hat wirtschaftliche Konsequenzen. Derzeit wird darüber diskutiert, ob Europa bereits in einer Rezession sei und wie schlimm sie wird. Überall mehren sich die Alarmzeichen: Die Banken horten ihr Geld bei der Europäischen Zentralbank (EZB), anstatt es auszuleihen. Die EZB verhält sich ambivalent: Einerseits stellt sie den Banken billiges Geld zur Verfügung, damit sie Staatsanleihen kaufen. Andererseits weigert sie sich, dies endlich selbst zu tun. In dieser chaotischen Situation ist der nächste Krisengipfel eine Frage der Zeit.

In den USA scheint die Situation vordergründig besser zu sein. Immerhin ist die Wirtschaft im dritten Quartal 2011 rund zwei Prozent gewachsen. Doch der Schein trügt: Ersten sind zwei Prozent für die US-Wirtschaft kein berauschender Wert. Damit werden weniger Jobs geschaffen, als die Bevölkerung wächst. Offiziell ist die Arbeitslosenzahl leicht gesunken, auf 8,6 Prozent. Doch die inoffizielle Arbeitslosigkeit dürfte bei 15 Prozent liegen, und die Jugendarbeitslosigkeit gar bei über 20 Prozent. Zudem haben die Vereinigten Staaten die Subprimekrise noch lange nicht verdaut. Ein «japanisches Jahrzehnt» ist derzeit das wahrscheinlichste Szenario: lange Jahre mit wirtschaftlicher Stagnation.

Die Bric-Staaten werden überschätzt

Rund 40 Prozent des Wachstums der Weltwirtschaft wird von China erzeugt. Sind es also die sogenannten Bric-Staaten Brasilien, Russland, Indien und China, die uns aus der Patsche helfen? Erwarten Sie nicht zu viel. China kämpft derzeit mit einer Immobilienblase und mit einem Generationenwechsel in der Politik. Generell werden die Bric-Staaten überschätzt. Ihre Abhängigkeit vom Westen ist nach wie vor gross und ein Kollaps von Euroland würde sie sehr hart treffen.

Lange galt eine Wiederholung der Depression der 1930er-Jahre als praktisch unmöglich. Schliesslich hatte man aus den Fehlern gelernt: Eine überzogene Sparpolitik, Protektionismus und Nationalismus sind keine Lösungen, sondern machen alles nur schlimmer. Jetzt scheinen diese Lektionen vergessen zu sein. Der «Economist» zählt alte Fehler auf: Der Euro als Einheitswährung wirkt als starres Korsett wie der Goldstandard in den Zwischenkriegsjahren, eine überzogene Austeritätspolitik (strenge Politik des Sparens) führt zu einer gefährlichen Deflationsspirale und das Geld flieht aus den gefährdeten Defizitländern. «All dies kommt uns gespenstisch bekannt vor», schreibt der «Economist», «obwohl kein europäisches Land im Begriff ist, einen Hitler an die Macht zu hieven.» (Tagesanzeiger.ch/Newsnet)

Erstellt: 16.12.2011, 12:55 Uhr

Alle Kommentare anzeigen